Nummer 52 — Saarbrücken, den 28. Dezember 1929 — 10. Jahrgang

Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Zahlstellenabonnenten 5.— Fr. monatl. ohne Botenlohn. für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährl.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen": Saarbrücken 2. St Johanner Straße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken. Nummer 1550. 1062. 2003. 3194.

1929, ein Jahr schöner Erfolge

Das alte Jahr ist bald dahin. Nur noch wenige Tage, dann läuten ihm die Sylvesterglocken den Grabgeläng. Sie mahnen auch den Menschen Rückschau zu halten, damit er am Vergangenen ersehe, was es zukünftig zu beachten und zu unterlassen gilt. —

Bei unserer Rückschau finden wir, daß der Jahresanfang im Zeichen eines hartnäckigen Kampfes stand. Kurz vor Jahresanfang hatte die Bergwerksdirektion versucht, eigenmächtig in der Lohnfrage vorzugehen. Sie plante, die Lohnspannung wesentlich zu vergrößern. Wenn auch die Gedingearbeiter, die über den Durchschnittslohn hinaustamen, davon profitiert hätten, so waren sie doch nicht bereit, auf Kosten der Minderbezahlten und der Schichtlöhner den Anschlag auf die Kameradschaftlichkeit der Bergleute gutzuheißen oder gar mitzumachen. Sie griffen, da dies als das beste Mittel erschien, zur

Drosselung der Förderung

Sie arbeiteten für den Mindestlohn, um so die Bergwerksdirektion zu veranlassen, von ihrem Plane abzustehen und den Forderungen der Bergarbeiterorganisationen gerecht zu werden. Um rund 19 Prozent sank die Förderung. Daran merkte die Bergwerksdirektion, daß sie klug handele, wenn sie auf die Wünsche der Bergarbeiterorganisationen Rücksicht nehme. Nach sehr schwierigem Vorgeplänkel kam es am 23. Januar 1929 wieder zum Abschluß eines ordnungsgemäßen Lohntarifes. Er brachte für die unteren Gruppen eine höhere Lohnaufbesserung; er brachte eine weitere Herausstellung des Mindestlohnes; er brachte auch eine Minderung der vorgesehenen Spannung innerhalb der Gedingelöhne, dann aber auch zwischen den Gedinge- und Schichtlöhnen. War auch nicht alles erreicht, so dann doch das Wesentliche von dem, was die Organisationen vorher gewollt hatten. Die Wünsche des Grubenbesitzers war völlig vereitelt worden durch das wirklich mustergültige Zusammenstehen von Bergleuten und Organisationen.

So trüb der Jahresanfang ausgesehen hatte, durch diese erfolgreiche Lohnbewegung war ein besserer Ausblick eröffnet worden. Die Bergwerksdirektion hatte auch aus dem Kampfe gelernt. Sie hatte eingesehen, daß es ein nutzloses Beginnen bleiben wird, die Bergleute durch einseitige Lohnmaßnahmen auseinander zu manövrieren. So kam es, daß alle weiteren Bewegungen im Laufe des Jahres ziemlich friedlich-schiedlich verlaufen konnten.

Der Wille, es nicht mehr zu solchen Auseinandersetzungen kommen zu lassen, zeigte sich beim

Abschluß eines neuen Manteltarifes

Dieser wurde am 1. Mai 1929 abgeschlossen. Gegenüber dem alten Manteltarif brachte er viele Verbesserungen, außerdem einen Einbau verschiedener vorher erlassener Dienstanweisungen, die mit Bestimmungen des alten Manteltarifes in Zusammenhang standen. Verbesserungen wurden erreicht bei der Arbeitszeit, beim Urlaub, beim Deputatkohlenbezug und bei sonstigen Bestimmungen des Manteltarifes, ohne daß es deshalb zu einem offenen Kampfe gekommen wäre. Es zeigte sich hier, daß beide Teile dann am besten fahren, wenn der Arbeitsfrieden geneigt bleibt und ist, berechtigten Wünschen seiner Arbeiter entgegen zu kommen.

Diese Erkenntnis bewahrheitete sich auch beim

Abschluß des zweiten Lohntarifes

im laufenden Jahre, der am 21. Juni 1929 unter Dach und Fach kam. Wohl waren mehrere Verhandlungen notwendig, um zu einem Ergebnis zu gelangen. Aber es bestand bei der Bergwerksdirektion wenigstens von Anfang an der Wille, den Organisationen entgegenzukommen. Durch diese Einsicht war es möglich, den

zweiten Lohntarif mit einer Erhöhung aller Löhne um 5,5 Prozent abzuschließen.

Wir schrieben damals im „Saar-Bergknappen" (Nummer 26, vom 29. Juni):

„Es verdient hervorgehoben zu werden, daß diesmal die Bergwerksdirektion von ihrer früheren Methode Abstand nahm, die Sache auf „die lange Bank zu schieben" und schließlich eigenmächtig vorzugehen. Daraus wuchsen ja immer harte Kämpfe, die schließlich zum Schaden beider Teile waren. Weil die Bergwerksdirektion bei den jetzigen Verhandlungen den Erfordernissen der Stunde eher Rechnung trug, konnte auch eher ein Ergebnis erzielt werden, das den Abschluß eines neuen Lohntarifes rechtfertigte. Beide Teile haben davon Vorteil, indem die Förderung ungestört weiter laufen kann, und die Bergleute eher in den Genuß der Lohnerhöhung kommen. Wir wollen hoffen, daß es auch bei den in der Zukunft notwendig werdenden Lohnbewegungen zu einem baldigen und zufriedenstellenden Ergebnis kommt, damit die harten Kämpfe, welche in der Vergangenheit geführt werden mußten, vermieden bleiben."

Als diese Mahnung hat man sich in der Folgezeit gehalten. Klar trat das beim

Abschluß des dritten Lohntarifes

am 11. November 1929 in die Erscheinung. Nach seinem Abschlusse konnten wir sogar von einer „stillen aber erfolgreichen Lohnbewegung" schreiben. Diese „stille" Lohnbewegung brachte ein dreifaches Ergebnis:

1. eine Aufbesserung der Löhne,
2. eine Herausstellung der Knappschaftsbeiträge,
3. eine Herausstellung des Krankengeldes ohne Erhöhung der Beiträge.

Insgesamt wurde der Lohn um 4,5 Prozent erhöht. Die Erhöhung wurde in zwei Etappen vorgenommen: ab 1. November wurde der Multiplikator von 1.32 auf 1.35, und vom 1. Dezember 1929 ab von 1.35 auf 1.38 erhöht. In dieser Erhöhung war der erhöhte Beitrag einbegriffen, den der Arbeiter zur Knappschaftskrankenkasse leisten muß. Außerhalb der Erhöhung lag der Teil an erhöhten Beiträgen, den der Arbeitgeber je Versicherten leisten muß. Durch die Erhöhung der knappschaftlichen Beiträge, die schmerzlos erfolgte, konnten wenigstens die bisherigen Bezüge aus der Pensionsabteilung des Saar-Knappschaftsvereins gesichert werden.

Wenn wir allein das Lohngebiet betrachten, so müssen wir bei unserem Rückblick zu dem Ergebnis kommen, daß das Jahr 1929 tatsächlich ein erfolgreiches war. Die Leistungssteigerung, die im Laufe des Jahres erfolgte, fand ihre Abgeltung in der Erreichung eines höheren Lohnes. Sicher ist, daß ohne zielgerichtete Organisationen dieses Ergebnis nie erzielt worden wäre. Am Jahresanfang wäre es nicht so gut abgelaufen, wenn die Saarbergleute ihrem Arbeitgeber schwach organisiert gegenübergestanden wären.

Die zahlenmäßige Auswirkung

der erstrittenen Lohnerhöhungen im Jahre 1929 kann erst dann voll bekannt gegeben werden, wenn der amtliche Lohnbericht für das vierte Quartal 1929 vorliegt. Ein Bild gibt aber auch schon die Anführung der nackten Tariflöhne, die am Jahresanfang und am Jahresschluß gelten, soweit sie als Hauptlöhne für die einzelnen Gruppen — ohne Berücksichtigung der erhöhten Zulagen — in Frage kamen. Es galten folgende Tariflöhne:

	Jahresanfang	Jahresschluß
Durchschnittslohn für Gedingehauer:	36,18 Fr.	41,40 Fr.
Mindestlohn für Gedingehauer:	33,51 Fr.	38,84 Fr.
Schichtlohn Gruppe I unter Tage:	33,51 Fr.	38,84 Fr.
Schichtlohn Gruppe II unter Tage:	31,75 Fr.	36,57 Fr.
Schichtlohn Gruppe III unter Tage:	30,00 Fr.	34,58 Fr.
Schichtlohn Gruppe I über Tage:	31,75 Fr.	36,57 Fr.
Schichtlohn Gruppe II über Tage:	30,00 Fr.	34,58 Fr.
Schichtlohn Gruppe III über Tage:	28,69 Fr.	33,12 Fr.

Wie schon betont, konnte neben vorstehenden Aufbesserungen für verschiedene Arbeiterkategorien der Durchschnittslohn der Gedingehauer als Schichtlohn erzielt werden. Außerdem für gelernte Handwerker eine höhere Sonderzulage und eine Erhöhung der für sonstige Gruppen vorgesehenen Vermutungs- bzw. Funktionszulage sowie eine Ausdehnung der Förderprämie. Alles in allem sagen uns die angeführten Tariflöhne, daß das der Wahrheit entspricht, was wir als Ueberschrift dieser kurzen Ueberschau voranstellten.

Das letzte Jahr brachte uns auch in sonstiger Hinsicht Fortschritte. Wenn man die einzelnen Nummern unseres Organs nachliest, dann bekommt man eine ganze Menge zusammen, die heute nur zu leicht vergessen werden, weil das Leben so hastig geworden ist. Deshalb ist es ja auch so wichtig, an jedem Jahresschlusse eine gründliche Rückschau zu halten, damit man durch die vorliegenden Fortschritte immer wieder den großen Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkennen kann.

Ein großer Fortschritt ist auch die

Neuregelung der Unfallversicherung

die im Amtsblatt Nr. 22 vom 29. Mai 1929 bekannt gegeben wurde. Im Jahre 1928 waren die Invaliden- und Angestelltenversicherung den Bestimmungen der Heidelberger Abrede so ziemlich angepaßt worden, im Mai 1929 erfolgte die Anpassung der Unfallversicherung. Wenn die Neuordnung auch nicht alle Forderungen verwirklichte, die wir erhoben hatten, so bedeutet sie doch gegenüber dem früheren Zustand einen wesentlichen Fortschritt. Die Rentenbezieher, die unter der früheren unzulänglichen Regelung der drei Versicherungszweige zu leiden hatten, werden es mit uns bestätigen, daß auch auf dem Gebiete der Sozialversicherung das Jahr 1929 die Versicherten und Rentenbezieher einen guten Schritt voran gebracht hat. Die Quelle dieser Erfolge bildet die Heidelberger Abrede, die durch das Entgegenkommen der zuständigen Stellen im Reiche ihren Abschluß fanden

---

Neujahr

Der große Zeiger hat den kleinen
Auf seinem Wege nun erreicht.
Der Hammer hebt — vom Glockenmunde
Tönt schrill hinaus die Neujahrsstunde:
Das alte Jahr stirbt und erbleicht.

Was die Sylvesterglocken klingen,
Ist lust- und leidgemischtes Lied.
Noch einmal seh'n wir mahnend steigen,
Was des versunk'nen Jahres Neigen
Uns vorenthalten und beschied . . .

Wir senken trauernd nicht die Blicke,
Wir klagen um Verlorenes nicht.
Wohl zieret den Baum die Blütenbürde;
Wenn Frucht auch jede Knospe würde,
Er bräche unterm Vollgewicht.

D'rum wollen wir mit Wunsch und Wähnen
Nicht rückwärts, sondern vorwärts schau'n:
Aus jeder Scholle sprießt uns Segen,
Wenn wir die Hände rüstig regen,
Auf Gott und unsere Kraft vertrau'n!

Richard Joozmann.

konnte. Daß es zu dieser großzügigen Abmachung kam, ist ein Verdienst der Gewerkschaftsarbeit.

Leider konnte im Jahre 1929 das Knappschaftswesen nicht mehr in Ordnung gebracht werden. Die neue Knappschaftsnovelle ging in ihrem Entwurfe dem Landesrat so spät zu, daß sie nicht mehr restlos bis zum Jahreschlusse durchgearbeitet werden konnte. Der Entwurf sieht auch zu wenig Möglichkeiten zur Rentenaufbesserung vor, sodaß noch emsig gearbeitet werden muß, soll ein besseres Ergebnis herauskommen. Das eine ist ja in Verbindung mit der letzten Lohnerhöhung erzielt worden, daß die Beiträge je Seite um monatlich 9 Franken erhöht wurden, wodurch wenigstens die gegenwärtig laufenden Renten garantiert wurden. Erfreulich ist auch die

Heraufsetzung des Grundlohnes in der Krankenkasse

die ebenfalls in Verbindung mit der jüngsten Lohnregelung erfolgte. Wenn es auch keine „fürstlichen Krankengelder" sind, die nunmehr gewährt werden, so ist aber immerhin die Heraufsetzung von 12.50 auf 15 Franken erreicht. Unsere Aufgabe bleibt es, neben der gründlichen Reform der knappschaftlichen Pensionskasse auch für eine weitere Verbesserung des Krankengeldbezuges einzutreten.

Nennenswerte Erleichterungen wurden dann noch auf dem

Gebiete des Steuerwesens

erzielt. So mit Wirkung vom 1. April 1929 ab die Erhöhung des Sozialabzuges vom dritten Kinde ab, weiter die Anrechnung des Werbungskostenbetrages für Empfänger von Pensionen und Hinterbliebenenbezügen ab 1. Januar 1928. Neuerdings liegt dem Landesrat ein Gesetzentwurf vor, der die Herabsetzung des Steuerbetrages von 6 auf 5 Prozent bei der Einkommensteuer vorsieht. Wie die weitergehenden Vorschläge des Landesrates aussehen werden, kann im Augenblick im Einzelnen noch nicht mitgeteilt werden. So viel aber ist sicher, daß er weitere Erleichterungen bei der Begutachtung verlangen wird, die die steuerfreie Grenze und gewisse Abzüge betreffen. Bezüglich Steuerwesen kann also auch gesagt werden, daß das Jahr 1929 uns Erleichterungen, also voran brachte. Nur ein Beigeschmack bleibt bei der Steuerfrage, nämlich der, daß die jetzt in Aussicht gestellten Erleichterungen schon viel früher gewährt werden konnten. Wenn auch der Steuerabzug von 5 Prozent ab 1. Januar 1929 gelten soll, dann ist das nur ein Beweis dafür, daß hier im Saargebiet zu viel an Lohnsteuer erhoben wurde.

Abschließend kann gesagt werden, daß unsere gewerkschaftliche Arbeit sehr fruchtbringend war. Dies gilt nicht nur für äußere Erfolge, sondern auch in Bezug auf die innere Stärkung unserer Bewegung. Einen guten Beweis dafür erbrachte die letzte Knappschaftswahl, die unserm Gewerkverein über 21.000 Stimmen eintrug, die damit vor aller Welt feststellte, daß unser Gewerkverein die stärkste Arbeiterorganisation im Saargebiet ist. Diese erfreulichen Feststellungen müssen uns anspornen, im kommenden Jahre mit vermehrtem Eifer und mit doppelter Kraft an dem äußeren und inneren Ausbau unserer Organisation, der Grundlage aller unserer Erfolge, zu arbeiten. Das gebietet uns der Rückblick, der uns alle Opfer und Mühen vergessen lehrt, die uns bei der vielgestaltigen Arbeit entstanden, der uns emporhebt und mit Freude erfüllt, daß es weiter vorwärts gegangen ist. Diesen Weg einzuhalten, das sei unser Gelöbnis ans neue Jahr!

Volkskultur und Kapitalismus

Von Dr. Hans-Siegfried Weber.

Kultur wächst immer aus dem ganzen Volke heraus. Sie bedeutet daher etwas ganz anderes als nur Wissenschaft und Kunst. Ein sogenannter wissenschaftlich gebildeter Mensch kann durchaus kulturlos sein und daher nichts für die Kultur seines Volkes bedeuten. Dasselbe gilt für den Künstler, der nur Kunst um der Kunst willen treibt und seine künstlerischen Werke nicht im Volksleben verankert. Die Pflege der Kultur ist aber auch ganz und gar nicht nur den Bevölkerungskreisen überantwortet, die man sich gewöhnt hat als die Schichten von Bildung und Besitz zu bezeichnen. Gewiß diese Schichten können und sollen auch Kultur fördernd sein; aber daß sie die Kultur tragen oder hervorbringen, ist ein ganz ungeheuerlicher Irrtum, dem nicht scharf genug entgegengetreten werden kann. Gerade die wahrhaft großen Kulturträger eines Volkes stammen aus den unteren, teilweise sogar aus den ärmsten Schichten. Sie haben es schwer, unsagbar schwer gehabt aus ihrer niederen Abstammung emporzustreben, um ihre Werke zu schaffen. Die Lebensbeschreibungen unserer vielen großen Dichter, Musiker und Künstler zeigen uns, wie diese Großen gerungen haben, wie sie nicht ihre Seele um schnöden Mammons willen verkauften. Beethoven hat inmitten seines ärmlichen Heims eine große und schöne Welt der Töne geschaffen und bekannt: „Ich habe so vieles geschrieben, aber erschrieben bernahe gar nichts."

Gerade die großen Menschen schaffen ihre Werke nur als Kinder ihres Volkes. Es hat selbst ein so selbstbewußter Künstler wie Richard Wagner gesagt: „Der eigentliche Erfinder war von jeher nur das Volk. Der einzelne kann nicht erfinden, sondern sich nur der Erfindung bemächtigen." Nun geben aber gewiß die großen Menschen ihrem Volke unendlich viel. Sie sind der wahre Adel, der aber geistiger Natur ist und nicht danach frägt, woher einer kommt, sondern wohin einer führt. So schaffen die großen Kulturträger den Zusammenhalt zwischen den einzelnen Volksgenossen. Sie können das aber nur, weil sie trotz allem Emporgehobensein über die Masse, doch eben nicht allein für sich stehen, sondern fest eingebettet sind in die Volksgemeinschaft. Sie haben diese Wurzeln im Volke und leben mit dem Volke.

Das Volk bedeutet aber nicht nur das gegenwärtig lebende Geschlecht. Es umfaßt alle Geschlechter der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, die emporstrebten, emporstreben und emporstreben werden zu den höchsten Werten menschlichen Lebens. Alle wahrhaft Großen leben von den ausgespeicherten Schätzen ihres Volkes, die man Traditionen nennt. Diese bilden sie weiter, aber geben sie niemals auf. In ihrem Schaffen wird die Vergangenheit mit der Gegenwart verknüpft, die nun wieder in die Zukunft hineinragt.

Nach diesen unseren Ausführungen dürfte wohl auch verständlich sein, daß Pflege der Kultur Angelegenheit des ganzen Volkes ist. Das Volk muß aber eine Gemeinschaft im Denken, Fühlen und Wollen sein. Wie diese wahre Volksgemeinschaft über die Gegenwart in die Vergangenheit und Zukunft hineinreicht, so geht sie auch über die Berufs- und Standesgrenzen hinweg. So schafft das ganze Volk Kultur, eben eigentümliche Werte, die es von anderen Völkern unterscheiden. Die großen Menschen drücken dann das Tiefste nur aus, das in ihrem Volke lebt und webt.

Die Volkskultur ist aber immer in Gott verankert. Im religiösen Leben haben wir die schöpferische Kraft aller Kultur. Eine religionslose Kultur ist nicht möglich; sie muß zerfallen, weil ihr der Urquell, aus dem sie stammt, fehlt. Goethe hat daher auch gesagt: „Die Menschen sind nur solange produktiv (schöpferisch), als sie religiös sind."

Unser heutiges Leben ist aber von einem religionslosen dem Christentum feindlichen Geiste erfüllt. Aus diesem Grunde haben die besitzenden und sogenannten gebildeten Schichten den Zusammenhang mit dem Volke und die besitzlosen Schichten den Zusammenhang mit den Kulturwerten verloren. Die Lösung der Gebildeten aus dem Volksganzen wurde vollzogen durch Errichtung der Herrschaft des Verstandes. Der gelehrtenhafte Mensch erklärte sich für selbstherrlich und meinte als Einzelindividuum, losgelöst aus allen Bindungen mit seinen Volksgenossen, durch reine Verstandestätigkeit das Leben erforschen zu können. Daß der Mensch eine Einheit und Ganzheit darstellt, das heißt ein denkendes, fühlendes und wollendes Wesen ist, wurde gänzlich mißachtet und der Irrglaube verbreitet, durch wissenschaftliche Forschung erst die Wahrheit erkennen zu können. So steht das gelehrtenhafte Aufklärertum, das nicht verwechselt werden darf mit dem echten immer zu Gott hinführenden, wissenschaftlichen Streben, dem Christentum feindlich gegenüber, und läßt sich von dem Schlagwort „Freiheit und Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft" leiten. Das einzelne Individuum, ohne Rücksicht auf die Mitmenschen und die Lebenszusammenhänge wurde eben für frei erklärt. Alle christlichen Wahrheiten sollen nur dann Bestand haben, wenn der Einzel-Mensch mittels seines Verstandes sie erklügeln und zersetzen kann. Das bedeutet tatsächlich ein allgemeines Wirrwarr, eine Zerstörung der Kultur, denn es gibt keine feste Bindungen mehr zwischen den einzelnen Volksgenossen. Der Individualismus, das heißt das vom Volksganzen losgelöste Menschentum, triumphiert dann. Die Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen sind vernichtet.

Unser größter Dichter, Johann Wolfgang Goethe, hat dieses Wesen des Individuums und die Zerstörung der Kultur überaus treffend in den Worten gekennzeichnet: „Man sieht lauter gewissermaßen bedeutende Menschen, aber keine Spur von gleicher Richtung und gemeinsamen Interesse, sondern jeder rund abgeschlossen für sich und seinen eigenen Weg gehend, ohne im geringsten an den Bestrebungen des anderen teilzunehmen. Sie sind mit vorgekommen, wie Billardkugeln, die auf einer grünen Decke blind durcheinanderlaufen, ohne von einander zu wissen, und die, sobald sie sich berühren, nur desto weiter auseinanderlaufen." Goethe hat aber auch kurz einen Weg zur Rettung angegeben: „Der Gebildete muß wieder Volk werden."

Nun hat aber, seitdem diese Worte des Weimarer Dichters geschrieben wurden, der Individualismus seine verheerende Auswirkungen nicht nur auf geistigem, sondern vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiete ausgeübt. Der moderne Kapitalismus ist nichts anderes als ein Zersetzungsprodukt der Aufklärung, indem die Lehren des Individualismus auf das Wirtschaftsleben übertragen wurden. Der Kapitalist handelt als einzelnes Individuum und kennt keine gemeinsamen Kulturaufgaben mehr. Rücksichtslos verfolgt er nur seine egoistischen Ziele, unbekümmert um das Wohlergehen der Volksgemeinschaft. Das grenzenlose Gewinn- und Erwerbsstreben ist das Kennzeichen des Kapitalismus. Und wie der aufklärerische Gelehrte seine Loslösung aus dem Volksganzen mit der angeblichen Freiheit der Wissenschaft von allen kirchlichen und christlichen Lehren begründete, so verlangte der Kapitalist das freie Spiel der Kräfte, eine Auflösung des Volksganzen in Konkurrenten. Von der Durchführung dieses wirtschaftlichen Liberalismus erhoffte man denn, daß ganz von selbst eine Harmonie, eine Eintracht und Verträglichkeit, entstehen würde. Das war natürlich ein furchtbarer Irrtum.

Das Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung, in der wir uns noch mitten darin befinden, ist tatsächlich eine fast restlose Zerstörung der Volkskultur. Der Kapitalismus hat anstelle des kulturellen Gemeinschaftslebens die gesellschaftliche Zivilisation (die Verbürgerlichung des Lebens), anstelle eines inneren seelischen Zusammenhanges der Menschen ein nur äußerliches Zusammengehen zur Erfüllung bestimmter Zwecke gesetzt. So haben wir eine seelenlose Wirtschaft. Man nennt das auch „Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft". Praktisch bedeutet das: das wirtschaftliche Gewinnstreben ist der einzige Wert im menschlichen Leben geworden. Er beanspruncht, obwohl er doch nur Teil eines Ganzen, nämlich der Kultur sein soll, das Ganze selbst zu sein. So gilt nur mehr das nützliche Glied der menschlichen Gesellschaft etwas, das seine Interessen verfolgt. Wer wahrhaft geistige Werte schafft, wer ein lebendiges Glied der Volksgemeinschaft ist, wird mißachtet. Es ist im Zeitalter des Kapitalismus einerlei geworden, ob einer mit Heringen oder Ueberzeugungen handelt, die Hauptsache ist, daß dabei Geld verdient wird.

Durch diese kapitalistische Entwicklung ist dann aber vor allem auch das Proletariat, das wurzel- und heimatlose Masse-Menschentum entstanden, das keinen Zusammenhang mehr mit den kulturellen Werten hat. Da Kultur aber immer aus dem Volksganzen hervorgeht, so können wir auch nur wieder anstelle der kapitalistischen Zivilisation eine kulturelle Entwicklung schaffen, wenn die Entproletarisierung der Arbeiterschaft gelingt. Diese aber ist gleichbedeutend mit einer aktiven Anteilnahme der Arbeiterschaft an den Kulturwerten. Die Arbeiterschaft kann aber nur an der kulturellen Entwicklung des Volkes mitschaffen, wenn sie feste Wurzeln im Christentum faßt.

Es handelt sich keineswegs hier um eine Sache, die die werktätige Bevölkerung angeht. Unser ganzes wirtschaftliches Leben, das eben dank des Kapitalismus losgelöst vom Kulturganzen eine Sonderstellung einnimmt, muß wieder von christlichem Geiste erfüllt werden. Eine Volkswirtschaft ist schon, wie der Name sagt, nicht eine Summe von einzelnen, für sich existierenden Privatwirtschaften. Sie ist eine Wirtschaft um des ganzen Volkes willen und kann nur auf sittlichen Werten fest begründet sein.

Hornessers Eingeständnis

Ein Brief an den „Bergknappen"

„Der bekannte Philosoph", Herr Professor Hornesser, dessen Hetzbroschüre „Frevel am Volk" durch eine großangelegte, mit Unternehmerunterstützung betriebene Propaganda vertrieben wird, sandte uns auf Grund des Artikels „Professor Hornesser als Schützling der Arbeitgeberverbände" in Nr. 49 unseres „Bergknappen" folgendes Schreiben:

„Gießen, den 9. Dezember 1929.

An die Schriftleitung „Der Bergknappe" in Essen.

In Ihrer Nr. 49 vom 7. Dezember d. J. machen Sie Mitteilungen über eine „Propagandastelle", die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, meine Schrift „Frevel am Volk. Gedanken zur deutschen Sozialpolitik" zu verbreiten, wodurch die Vorstellung erweckt werden soll, als ob diese „Propagandastelle" ein Werkzeug und eine Unternehmung irgendwelcher Wirtschaftsverbände sei. Jene Vertriebsstelle ist ein Mittel der Verbreitung der Schrift, deren sich der Verlag der Schrift bedient. Weder die Industrie noch ich selbst haben irgend etwas mit jener Propagandastelle zu schaffen. Der Verlag hat das unzweifelhafte Recht, die Schrift anzubieten und zu verbreiten. Und Verbände wie Privatpersonen haben, solange Rede- und Schriftfreiheit in unserem Volke herrscht, ebenfalls das unzweifelhafte Recht, eine solche Schrift zu kaufen und zu verbreiten. Außer den aufgezählten Stellen sind es noch sehr viel mehr in Deutschland, die meiner Schrift ihre Zustimmung ausgesprochen haben und sich ihre Verbreitung angelegen sein lassen.

Hochachtungsvoll! Unterschrift."

Man lese das Schreiben aufmerksam durch. Hornesser sagt: „Weder die Industrie noch ich selbst haben irgend etwas mit jener Propagandabroschüre zu tun." Gewegenüber weisen wir zunächst noch einmal darauf hin, daß die von und zuerst genannten Firmen unter der Ueberschrift „Verzeichnis der beteiligten Firmen" in dem Werbematerial aufgeführt werden. Ein anständiger Unternehmer würde sich den Mißbrauch seines Namens oder seiner Firma sicher nicht gefallen lassen. Die Herrschaften wissen sich ja sonst ihrer Haut zu wehren. Um einen Mißbrauch der Namen durch die Propagandastelle würde es sich aber handeln, wenn Professor Hornesser recht hätte.

Dann kommt als letzter Satz das Eingeständnis Hornessers. Er lautet:

„Unter den aufgeführten Stellen sind es noch sehr viel mehr in Deutschland, die mir ihre Zustimmung ausgesprochen haben und sich ihre Verbreitung angelegen sein lassen."

Nun, das ist für jeden normalen Menschen deutlich genug, auch für solche, die keine Semester an Universitäten absolviert haben. Wovon es abkommt? Hornesser behauptet, daß Unternehmer und Unternehmerverbände seine Hetzbroschüre verbreiten. Es geht mit ihr demnach genau so, wie mit den Eintrittskarten für die Vorträge Hornessers in Essen. Uns sind eine ganze Anzahl industrieller Werke, darunter auch eine Reihe größerer Betriebe bekannt, die diese Eintrittskarten an, allerdings aufgeschnitte, Angestellte umsonst mit dem üblichen Wink verteilt haben. Das wird auch dem Herrn Professor sicher bekannt sein. Wenn er sich trotzdem in Essen hinstellte und seine Unabhängigkeit zu verteidigen suchte, so ist das entweder auf seine „zwingende" Logik oder aber auf die Angst, sein Ruf als „unabhängiger Wissenschaftler" ginge verloren, zurückzuführen.

Noch ein anderer Beweis.

Neben den Propagandastelle versandten Schreiben werden auch „Bestätigungsscheine" beigefügt. Auf denselben sind oben die Unternehmerverbände angegeben, durch die die betreffende Firma der Propagandastelle empfohlen wurde. Weiter befinden sich auf ihnen auch folgende gedruckte Worte:

„Unterzeichnete . . . nahm . . . Kenntnis davon, daß der als Denkschrift erschienene Vortrag von Professor Dr. Ernst Hornesser, Essen, (Auszug aus der Hetzbroschüre) zum Zwecke der Aufklärung im wirtschaftswissenschaftlichen Interesse verbreitet werden soll." (Von uns ausgezeichnet. Die Red.)

„Wirtschaftswissenschaftlichen Interesse." Ein Fastnachtsschlager? Nein, das ist lediglich die Umschreibung für „Interesse der Unternehmer". Mitgliedervorteile auch für „Beeinflussung der Wissenschaft". Um das zu begreifen, braucht man nicht unbedingt Professor zu sein. Da die Broschüre absolut wissenschaftstrei ist, kann sie in vielen Köpfen keine größere Verwirrung anrichten, als bei ihrem Verfasser und ihren Verbreitern. Herr Professor, wollen Sie Ihre Behauptung, daß „weder die Industrie" noch Sie selbst „irgend etwas" mit der genannten Propagandastelle zu tun haben noch aufrecht erhalten? „Nicht nur der lügt, der Falsches berichtet"; legten Sie nicht im Anhang Ihrer Broschüre so, Herr Professor? Wenn man nun daraus die Schlußfolgerung zieht, wie würde diese lauten müssen? „Die Zeit ist reif für ein Wort der Wahrheit", Herr Professor.

*

Anmerkung: Da wir den ersten Artikel gegen die Propagandabrüderei von Prof. Hornesser in unserer Nr. 50 auch brachten, geben wir, um unsere Mitglieder auf dem Laufenden zu halten, auch vorstehenden Artikel des Essener Bergknappen zur Kenntnis. Unsere Mitglieder mögen diese Abhandlungen gut studieren, damit sie erkennen, wie der Kampf gegen die Arbeiterschaft geführt wird und wie wir abwehren müssen.

Aus der Jugendbewegung

Jugend und Knappschaftsältestenwahl

„Unser Wille werd' zur Tat!" Dies war das Motto, unter welchem die am 20. November tatsächlichen Jugend-Revierkonferenz abgehalten wurde. Der Zweck der Konferenz war u. a.: „Jugend an die Front bei den Knappschaftsältestenwahlen!"

Der gute Besuch, der impulsive, jung-kämpferische Geist, welcher die Konferenzteilnehmer beseelte, kennzeichnete so recht die treue gewerkschaftliche Einstellung unserer Jugend. Freudig-stürmisch nahm man die Losung der Führung, die Jugo unverbrauchte Kraft bei den Knappschaftswahlen zur Verfügung zu stellen, an. Unaufgefordert legte die Jugend den Schwur ab, unsigenmäßig bei den Knappschaftswahlen mitzuarbeiten, um dem Gewerkverein zum Sieg zu verhelfen.

Die Knappschaftsältestenwahlen sind vorüber. Die starke Willenskraft der Jugend hat dem Gewerkverein zum Sieg verholfen. Manche „Gefte" mußte vom Gegner an den Gewerkverein abgetreten werden. Nicht zuletzt trägt die in ge von den eigenen Kameraden verhandte Jugendbewegung dazu ein großes Verdienst. In der vordersten Reihe hat die Jugend gekämpft. Dadurch ist der neue Beweis erbracht, daß die Jugendbewegung für den Gewerkverein eine unbedingte Notwendigkeit ist, daß von der gewerkschaftlichen Erziehung der Jugend sehr viel für den Gewerkverein abhängt.

Daß die Jugend es ernst nimmt mit ihrem Schwur, daß er ihr heilig ist, oft sich bewiesen und läßt für die Zukunft zu den größten Hoffnungen Raum. Wenn nun die Jugend bewiesen hat, daß unsere Jugendbewegung zuerst eine gewerkschaftliche Bewegung darstellt und demnach auch zuerst gewerkschaftliche Ziele zu erstreben und Aufgaben zu erfüllen benützt ist, so muß deshalb jedes Vorurteil fallen und die Bewegung von allen Kameraden eifrig unterstützt und gefördert werden. Trotzdem hat die Jugend nur ihre Pflicht erfüllt. Diese Pflichterfüllung wird versagt, ohne sie geht es nicht im Gewerkschaftsleben und ohne sie läßt sich keine Jugendbewegung halten.

Der Wille unserer Jugend, welcher sich in der Zukunft für die Geschäfte der Arbeiterschaft, für den Verband und das Gedeihen des Gewerkvereins verantwortlich zeigen muß, wurde zur Tat.

Unser Tatwille muß in der Zukunft nicht nur beibehalten werden, er muß sich noch vergrößern. In den kommenden Wintermonaten ist dazu die beste Gelegenheit, um

durch Hausagitation

den Gewerkverein und die Jugendbewegung weiter zu stärken. Es ist Gelegenheit, die bestehenden Jugendabteilungen von einer geschäftlichen, zu einer aktiven-gewerkschaftlichen auszubauen. Ferner muß die Bildungsarbeit neu gefördert und gepflegt werden. Um nun den Jugendabteilungen sowie an den einzelnen die verständliche Schulungsarbeit zugeführt zu gestalten, ist es notwendig, daß die einzelnen Jungknappen, wie auch die Abteilungen sich die Broschüre

„25 Jahre Gewerkverein christl. Bergarbeiter im Saargebiet",

welche anläßlich unserer Jubelfeier in diesem Jahr von Peter Kieser verfaßt und vom Gewerkverein herausgegeben wurde, anschaffen. Von allen Zeitschriften kann sie für nur 5 Fr. bezogen werden.

Aus dem Jahresbericht des GKB für das Rechnungsjahr 1928

Rechnungs- und Vermögensübersicht.

Die im Jahresbericht 1928 enthaltene Vermögensübersicht des GKB gibt ein klares Bild über den finanziellen Stand der einzelnen Versicherungszweige, deren Träger der GKB. ist. — Hatten wir in früheren Jahren immer zu klagen über den schlechten finanziellen Stand dieser Kasse, so ist aus der Uebersicht zu erkennen, daß die Kasse verhältnismäßig gut steht. Es ist aus dem Jahre 1928 ein Ueberschuß von 2 914 477.96 Frs. zu verzeichnen. Im Hinblick auf diesen Ueberschuß ließ sich auch der Arbeitgeber in diesem Jahre bewegen, einer Erhöhung des Krankengeldes von 12.50 auf 15.00 Frs. zuzustimmen, weil nach der übereinstimmenden Auffassung des Arbeitgebers und der Verwaltung für diese Leistungserhöhung eine Beitragssteigerung nicht erforderlich war. Durch die Erhöhung des Krankengeldes wird wohl in diesem, resp. nächsten Jahre, ein bemerkenswerter Ueberschuß nicht mehr in Erscheinung treten.

I. Krankenkasse

a) Einnahme aus dem laufenden Jahre:

	im ganzen: Frs.
1. aus dem Vermögensertrag:	
Miete von Dienstgebäuden, Sonstiges	95 240.—
2. aus den Beiträgen der Mitglieder	19 881 866.45
3. aus den Beiträgen des Arbeitgebers	19 844 186.95
4. auf Grund der Bestimmungen der RVO. über Unfallversicherung	573 485.90
5. Sonstiges	139 684.44
Die Einnahme betrug insgesamt:	40 534 463.74

b) Ausgabe aus den Vorjahren:

	im ganzen Frs.
Zuschuß aus 1927	12 882 241.29

aus dem laufenden Jahre:

1. Kur und Arzneikosten:		
für Behandlung der Mitglieder in den Knapp.-Krankenhäusern u. Augenkliniken	10 982 275.60	
Gehälter der Revierärzte	1 742 848.50	
anderweitige ärztliche Hilfe (augen- und zahnärztl. Behandlung usw.	1 023 402.25	
Prüfung der Arzneirechnungen	36 278.45	
Verrichtung der niederen Chirurgie	477 742.32	
Arzneien für Revierkranke	2 721 467.72	
Bruchbänder, Brillen, künstl. Glieder, Zahnersatz usw.	322 161.29	
Miete der Stationszimmer	9 265.—	
auswärtige Heilanstalten und Bäder sowie Unterstützungen zum Besuche derselben	440 725.65	
Beförderung der Kranken	206 597.85	
Vertrauenszahnarzt	44 015.10	18 007 674.13
2. Familienkrankenhilfe, Kur- und Arzneikosten für die Angehörigen der aktiven Mitglieder: Krankenhausbehandlung	1 140 044.49	
Behandlung im Revier (Gehälter der Aerzte usw.)	2 127 141.76	
anderweitige ärztliche Hilfe (Augen-, zahnärztliche Behandlung usw.	225 478.30	
Arzneien	639 051.43	4 131 715.98
3. Wochenhilfe:		
für Versicherte	3 692.56	
für versicherungsfreie Angehörige	2 855 451.50	
	2 859 084.—	
hiervon ab Erstattungen	1 907 951.25	951 132.75
4. Krankengelder:		
Gesamtzahl der entschädigten Krankheitsfälle:		
a) gewöhnliche	28 329	
b) durch Unfälle	9 829	
	38 158	
Gesamtzahl der Krankheitstage:		11 110 075.50
a) gewöhnliche	854 406	
b) durch Unfälle	222 270	
	1 076 676	
5. Sterbegelder		460 690.—
6. Außerretatsmäßige Unterstützungen		119 354.16
7. Verwaltungskosten		1 773 027.75
8. Baureparaturen	42 526.20	
Bauaufsicht	12 523.—	55 049.20
9. Sonstiges		1 011 536.51
10. Vermögensanlage		37 619 985.78
Neubauten	4 935 500.22	
Grunderwerb pp.	139 449.25	5 074 949.47
Die Ausgabe betrug insgesamt:		55 577 176.45

Abschluß I der Krankenkasse für das Jahr 1928

Die Einnahme aus dem laufenden Jahre beträgt	40 534 463.74
Die Ausgabe aus dem laufenden Jahre beträgt	37 619 985.78
Mithin Ueberschuß des Jahres 1928:	2 914 477.96

Abschluß II der Krankenkasse für das Jahr 1928.

Die Einnahmen aus Vorjahren, den laufenden u. außerretatsmäßige Einnahme beträgt	40 534 463.74
Die Ausgabe aus Vorjahren, den laufenden und außerretatsmäßige Ausgabe beträgt	55 577 176.45
Mithin Zuschuß bis Ende 1928	15 042 712.71

Vermögensstand der Krankenkasse am Schlusse des Jahres 1928.

Francs:

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Schluß 1927 Frs.	Schluß 1928 Frs.	Mithin gegen das Jahr 1927 mehr	weniger
	A. Vermögen:				
1.	Bestand	—	—	—	—
2.	Staats- und Wertpapiere	—	—	—	—
3.	Darlehen	—	—	—	—
4.	Gebäude einschl. Grundbesitz	46 606 339,35	51 681 288,82	5 074 949,47	—
5.	Mobilien	3 008 300,—	3 053 350,35	45 050,35	—
	Summe A:	49 614 639,35	54 734 639,17	5 119 999,82	—
	B. Schulden:				
	bei anderen Kassen	12 882 241,20	15 042 712,71	2 160 471,51	—
	Bleibt Vermögen:	36 732 398,15	39 691 926,46	2 959 528,31	—
	Hierzu Markvermögen zum Kurs vom 31. 12.:	106 332,40	—	—	106 332,40
	Summe Vermögen:	36 838 730,55	39 691 926,46	2 853 195,91	106 332,40

Kameraden!

Der Jahresschluß ist da. Sorgt dafür, daß in der letzten Woche alle noch fälligen Beiträge entrichtet werden. Im neuen Jahre kommen Marken in blauer Farbe zur Ausgabe. Rote Marken dürfen 1930 keine mehr verwandt werden. Sie müssen mit der Dezemberabrechnung restlos eingeschickt werden. Wer sich vor Schaden schützen will, entrichte in dieser Woche alle Beiträge für 1929.

	Reichs-Mark
A. Vermögen:	
Bestand	17 546,60
B. Schulden:	
Bleibt Vermögen:	17 546,60
Kurswert in Frs.*) am 31. Dezember	106 332,40
Kurswert in RM. am 31. Dezember	17 546,60
Gegen das Jahr 1927 in franz. Frs. weniger	106 332,40

Wir dürfen wohl ohne weiteres annehmen, daß alle Knappschaftsmitglieder das größte Interesse an der Finanzgestaltung ihrer Krankenkasse bekunden. Besonders die Knappschaftsältesten werden die Vermögensübersicht genau durchstudieren, damit sie stets in der Lage sind, den Mitgliedern aufklärenden Bericht zu geben über die finanziellen Zustände in ihrer Versicherung. — Wir wollen hierauf noch ganz besonders die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß die nächstjährigen Jahresberichte größere Summen aufzeigen für die Durchführung einer vollständig freien Familienkrankenhilfe. — An anderer Stelle werden wir klar legen, warum die freie Familienkrankenhilfe baldigst eingeführt werden muß.

Die freigewerkschaftlichen Angestellten als Bundesgenossen des Gewerkvereins

Die Knappschaftsältestenwahlen sind vorbei. Das amtlich festgestellte Wahlergebnis kann als unbedingter Beweis dafür gelten, daß die Forderung unseres Gewerkvereins auf

Einführung des Verhältniswahlsystems

voll und ganz begründet ist. Das Sprengel-Mehrheitswahlsystem ist in der heutigen Zeit ungerecht, weil undemokratisch. Nach dem Ergebnis der von den in Frage kommenden Organisationen aufgebrachten Stimmen hätte der Gewerkverein bei Anwendung des Verhältniswahlsystems 89 und der Verband 83 Mandate erhalten müssen. Nach unserer Auffassung müßten sich gerade die Gewerkschaften in jeder Beziehung zu demokratischen Grundsätzen bekennen.

Nun ist dem Gewerkverein ein AfA-Bund ein Bundesgenossen entstanden. In der Nr. 50 des Organs des AfA-Bundes „Deutsche Techniterzeitung 1929" wurde das Wahlergebnis der Angestelltenältestenwahlen besprochen. Es wurde zunächst darauf hingewiesen, daß der AfA-Bund 1070 Stimmen und der „Gedag" im Verein mit den Fördermaschinisten 1830 Stimmen erhalten habe. Dazu wird dann kritisch vermerkt, daß der AfA-Bund trotz der aufgebrachten Stimmen von den 12 Mandaten nur 2 erhalten habe, trotzdem ihm 4 zugestanden hätten. Wörtlich heißt es dann:

„Merkwürdig mutet die Verteilung der Angestelltenältestensitze an. Von insgesamt 12 Sitzen sind dem AfA-Bund nur 2 zugefallen, obgleich er rund 36 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat und somit nach demokratischen Grundsätzen Anspruch auf mindestens 4 Sitze hätte. Die Ursache hierfür liegt darin, daß im Saarknappschaftsverein bei Wahlen immer noch das Majoritätsprinzip Geltung hat. Nach Rückgabe der Saargruben und der damit verbundenen Einführung des Reichsknappschaftsgesetzes im Saargebiet wird hierin eine Wandlung eintreten, denn das Reichsknappschaftsgesetz sieht für die Wahl der Aeltesten das Verhältniswahlsystem vor."

So sprechen die freigewerkschaftlichen Angestellten. Sie empfinden das Mehrheitswahlsystem ebenfalls als ungerecht. Vielleicht werden sie sich einmal an ihre freigewerkschaftlichen Arbeiterkollegen im Saarbergbau und überzeugen diese davon, daß das jetzige Wahlsystem in fortschrittlichem Sinne geändert werden muß. Freundnachbarliches Zureden hilft vielleicht schneller zu besserer Erkenntnis. Dann aber auch könnte der AfA-Bund auf seine Freunde in der SPD-Fraktion des Landesrats einwirken, daß diese bei der demnächstigen Beratung und Begutachtung der Knappschaftsnovelle dafür stimmen, daß das Verhältniswahlsystem durch Gesetz obligatorisch eingeführt wird. M.

Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Wohnungsfrage

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat an die Regierungen des Reiches und der Länder eine Eingabe gerichtet, worin er sich gegen die Absicht des Deutschen Städtetages wendet, den Wohnungsbau wesentlich einzuschränken. Es wird auf den herrschenden Wohnungsmangel hingewiesen und verlangt, daß die Hauszinssteuer für den Wohnungsbau und nicht für Besoldungszwecke verwendet werde. Ferner wird die Aufstellung eines langfristigen Wohnungsbauprogramms, die Vorlegung eines Wohnheimstättengesetzes und die Verabschiedung des Bausparkassengesetzes gefordert. Außerdem wird in der Eingabe zum Gesetzentwurf über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen Stellung genommen, um die bisherige Rechtsunsicherheit der gemeinnützigen Baugenossenschaften zu beseitigen und klar herauszustellen, welche Baugenossenschaften Anspruch auf Gemeinnützigkeit erheben können.

Wir hoffen, daß die Eingabe von den zuständigen Stellen nicht nur beachtet wird, sondern auch die Forderungen verwirklicht werden.

*) Kurs am 31. 12. 27 = 1 RM. = 6,06 Frs.
*) Kurs am 31. 12. 28 = 1 RM. = 6,08 Frs.

Von den Arbeitsstätten der Kameraden

Grube Reden. Kameradschaftlichkeit? Wir haben in unserem Organ schon öfters darauf hingewiesen, daß ältere Kameraden die jüngeren Bergleute anständig behandeln sollen. Wie nachstehender Vorfall beweist, gibt es aber immer noch Arbeiter, die keine Kameradschaftlichkeit kennen.

Auf Grube Reden, Abt. 20, ist ein 21jähriger Bergmann A. Gr. aus Steinweiler beschäftigt, der in der Förderung tätig ist. Als Schachtläufer fungiert ein Aug. Gräßer, der seinen Arbeitskameraden A. Gr. am 4. Dezember so schlug, daß er aufsahren und zweieinhalb Schichten feiern mußte. Als A. Gr. sich beim Fahrsteiger beschwerte, soll er zur Antwort erhalten haben, daß Gräßer verantwortlich für die Förderung sei. (Soll das heißen, daß daraus das Recht zum Schlagen herzuleiten ist?)

Diesem Vorfall liegt folgender Tatbestand zu Grunde: Die Mitfahrhandlung erfolgte, weil sich ein Wagen gepladt und ein weiterer Wagen abgehängt hatte. Wie die dort beschäftigten Schlepper versichern, kommt das öfters vor, weil an den Kuppeleingskeilen die Sicherungsringe fehlen. Aufgabe des Schachtläufers wäre es, für Sicherungsringe zu sorgen. Anstatt dessen schlägt er einen Schlepper, als durch das Fehlen der Sicherungsringe sich ein Wagen pladt und ein weiterer sich abhängt. Oder ist der Schlepper A. Gr. deshalb geschlagen worden, weil er nicht der Gesinnung von Aug. Gräßer ist? — Auf alle Fälle müßte hier mal der Sicherheitsmann und die Bergpolizei nach dem Rechten sehen. Dem geschlagenen Kameraden raten wir, die eingebüßten Schichten einzuklagen.

*

Grube Heinitz. Am 11. Dezember befaßten sich die Sicherheitsmänner in einer Sitzung mit folgenden Beschwerden:

1. Materiallieferung. Das Rutschenmaterial paßt nicht zusammen. Die Rutschenbolzen sind zu dick. Leere Oelkannen sollen nur gegen Marken abgegeben werden. Das Schmieröl für Bohrhämmer ist zu steif und zu harzig. Die Förderwagen werden mangelhaft und zu wenig geschmiert.

In Abteilung 7 fehlten Luft- und Wasserrohre, sowie Dichtungsscheiben. Abbauholz soll näher an die Abbaustellen gebracht werden. Das gelieferte Holz ist zum Teil krumm und dünn, eignet sich somit nicht zum Abbauen. Es fehlen Gummischläuche und Bohrhämmer. In der Lampenbude sind Mißstände vorhanden. Prüfung wird zugesagt.

2. Verschiedenes. Die Wasserwagen sind zum Teil sehr schlecht gereinigt. An Gezähe herrscht Mangel. Der Querschlag (Ost) 5. Sohle ist unter Wasser und Schlamm. Die Belegschaften der Abteilungen 6, 12 und 13 müssen täglich diesen Querschlag passieren. Als die Sicherheitsmänner den Vertretern der Verwaltung bekannt gaben, daß die Leute nicht mehr bereit sind, durchs Wasser zu waten, glaubte der Vertreter der Bergverwaltung in dieser Mitteilung eine Drohung erblicken zu müssen. Die Zugangswege zu den Schächten befinden sich in sehr schlechtem Zustand. An einem Krankenwagen fehlen die Federn. Kranke und Verletzte werden bei Transporten mit diesen Wagen unnötig gequält. Das verausgabte Gezähe ist nicht in gebrauchsfertigem Zustande.

Im Schlafhaus wurden im Jahre 1929 die Schlafstuben nur ein einziges Mal mit Wasser gereinigt. Es sind Zimmer vorhanden, welche schon 6 Jahre nicht mehr getüncht wurden.

Schon seit Jahren müssen sich die Sicherheitsmänner fast in jeder Sitzung mit ein- und denselben Beschwerden beschäftigen. Es ist wirklich an der Zeit, daß die zuständigen Stellen endlich dafür sorgen, daß diese berechtigten Beschwerden verschwinden.

*

Inspektion II. Tarif-Ausschußsitzung vom 10. Dezember. Die Klage des Bergmanns Adolf Lind, Abteilung 1, Grube Viktoria, wegen Bestrafung mit 6.— Frs. wegen nicht genügend beladener Kohlenwagen, wurde abgewiesen.

Die Klage des Bergmanns Joseph Kattler, Abteilung 20, Grube Viktoria, wegen Bestrafung mit 6.— Fr. für nicht genügend beladene Wagen, wurde abgewiesen.

Die Klage des Bergmanns Peter Weber, Abteilung 24, Grube Viktoria, um Aufhebung einer Strafe von 5.— Fr., weil er sich nicht von einem Grubenhäuer kontrollieren ließ, wurde stattgegeben, indem die Strafe erlassen wurde.

Der Klage des Bergmanns Johann Seger, Abteilung 25, Grube Viktoria, wegen Fortlaufens eines Wagens im Bremsberg, wurde durch Nachlaß der Strafe stattgegeben.

Die Klage des Bergmanns Johann Schulz, Abteilung 4, Grube Clarenthal, um Nachzahlung von eineinhalb Schichten, wurde abgewiesen, weil die Einspruchsfrist versäumt wurde.

Die Klage des Bergmanns Fritz Becker, Abteilung 3, Grube Rudolf, um Entlohnung als Vollhauer, wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Der Klage des Bergmanns Jakob Kammer, Abteilung 25, Grube Viktoria, um Aufhebung einer Strafe von 9.— Fr. wegen Nichtausführung des Befehls, einen Pickhammer nach über Tage zu bringen, wurde stattgegeben.

Die Klage des Bergmanns Josef Kattler, Abteilung 26, Grube Viktoria, um Nachzahlung einer Schicht, wurde abgelehnt.

*

Grube Maybach. Ein Fahrsteiger, der anscheinend den Durchschnittslohn nicht kennt, ist Herr Re. In seinem ganzen Revier verdient immer nur ein Viertel der Belegschaft den Durchschnittslohn. So sind z. B. in Abt. 14 ganze Kameradschaften schon monatelang mit nur 9.— Fr. Bedingelohn ausbezahlt worden. Die verhärtgchenden Verhältnisse will der Herr Fahrsteiger nicht sehen. Beschwert sich eine Kameradschaft, dann bekommt sie unverständliche Antworten, während ihr Gedinge unausgebessert bleibt. Auch im Verhängen von Strafen tut sich der Herr hervor. Würde er an Arbeitsverhältnissen das Gedinge bemessen, dann könnten die Kameradschaften ihren Durchschnittslohn verdienen. Es wäre angebracht, wenn höheren Orts eine baldige Nachprüfung erfolgte und dem Fahrsteiger Richtlinien zur Bemessung eines ausreichenden Gedinges gegeben würden. Seine Methode verdittert die Arbeiter und zeugt nur böses Blut, wotan die höhere Verwaltung doch kein Interesse haben kann. Sie hat mit den Organisationen die Tarifvereinbarung getroffen, daß jede Kameradschaft ein Gedinge erhalten soll, das sie in die Lage versetzt, bei normaler Leistung den Durchschnittslohn zu verdienen. Wenn die höhere Verwaltung darauf drängt, daß der Fahrsteiger bei der Gedingebemessung diese Vereinbarung respektiert, dann werden die Klagen schon schwinden.

*

Grube Frankenholz. Der Arbeiterausschuß beschäftigte sich am 4. 12. mit nachstehenden Fällen:

1. Abschaffung der Pflockbleche. Wird abgelehnt. Ersatz für verloren gegangene Bleche wird bilLiger geliefert.

2. Bildung eines Arbeitsausschusses. Wird genehmigt. Mitglieder sind Omlor, Brizius und Emig.

3. Lieferung wasserdichter Kleider, besonders für Ueberlagearbeiter. Dem Antrag wird stattgegeben.

4. Mißstände in den Badeanstalten Schacht 1 und 3. Neue Heizkörper werden eingebaut und der Boden wird besser gereinigt.

5. Beseitigung des Gezähemangels, bessere Instandsetzung des Gezähes, sowie Schmieren der Förderwagen. Dem Antrag wird stattgegeben.

6. Bessere Lieferung von Sprühdüsen, Verschraubungen usw. wird geprüft.

*

Tauschmann suchen zwei Hauer zur Verlegung von Grube Camphausen nach Ditlburg. Meldungen sind zu richten an das Bezirksbüro in Illingen, Judengasse 12, oder den Zahlstellenvorsitzenden Alois Gerstner in Bilsdorf, Restkreis Merzig-Wadern.

Ferner der Kamerad Jakob Reiß aus Steinweiler zur Verlegung von Grube Frankenholz nach Jägersfreude. — Meldung beim Kameraden oder dem Bezirksbüro in Illingen.

Ferner Schl. 1. Kl. Ferdinand Hahn aus Kaiserslautern, Wiesbacherstraße, zur Verlegung von Grube Wreseld nach Göttelborn. Meldung beim Kameraden oder Bezirksbüro Illingen.

*

Nachruf. Infolge Unglücksfalles verschied unser lieber, junger Kamerad Rudolf Herres. Er war immer ein eifriges Mitglied unserer Zahlstelle. Unserer Jugend war er in jeder Beziehung ein Vorbild. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Zahlstelle Wiesen.

Bekanntmachung

Der 52. Wochenbeitrag (Woche vom 22. bis 28. Dezember) ist in dieser Woche fällig.

Kameraden! Der letzte Wochenbeitrag für 1929 ist in dieser Woche zu entrichten. Wir bitten alle Kameraden, dafür zu sorgen, daß mit der Ausgabe dieser Nummer die Mitgliedbücher vollständig in Ordnung gebracht werden. Restanten darf es am Anfang des neuen Jahres keine geben.

Für die Redaktion verantwortlich: Peter Kiefer
Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.